

Kriegsunion



Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Original_photographs_taken_on_the_battlefields_during_the_Civil_War_of_the_United_States_%281907%29_%2814762819375%29.jpg, User: <https://www.flickr.com/people/126377022@N07>

Wir entschuldigen uns bei den Lesern für das obige Bild, dass möglicherweise Gefühle verletzt. Es ist eine Aufnahme des Kesselbergs in Belgien 1918. Eines der vielen Schlachtfelder im Ersten Weltkrieg, auf welchem verwesende Leichen zu sehen sind. Einige wenige der Hundertausenden an Menschen, die in Belgien hingemetzelt wurden. Aktuell fordern Politiker, wie die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen oder der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber (CSU), eine EU-weite Aufrüstung oder (Weber) gar eine Umstellung auf „Kriegswirtschaft“.

Wer fordert so etwas? Wer aus der Geschichte in Europa nichts gelernt hat?

Wer die Gräueltaten des Krieges nicht kennt oder nicht kennen will?

Wer ausblendet, dass Krieg immer die Schwächsten und Ärmsten der Gesellschaft trifft?

Wer vergisst, dass jahrzehntlang gerade in Europa auf eine Abrüstung und Verständigung zwischen den „Supermächten“ hingearbeitet wurde, weil am Ende Europa wieder das Schlachtfeld der „Supermächte“ sein wird?

Was kann der Beweggrund für solche „Forderungen“ sein? (Red)

Inhalt



	Seite
Kriegsunion	1
Impressum	2
Von Kriegsgewinnlern und anderem Geschmeiß (Anton Schäfer)	3
DIE EU SOLLTE ENDLICH SELBST FRIEDENSLÖSUNGEN ENTWICKELN! (Werner Wintersteiner)	4
Konvention zum Schutz der anwaltlichen Berufsausübung (Anton Schäfer)	5
Polens Verfassungsgerichtshof verletzt EU-Recht (Anton Schäfer)	6
Israel, wohin gehst Du? (Anton Schäfer)	7
30 Jahre Österreich in der EU (Wanderausstellung)	9
Friedensunion EU – Splitter aus früheren Ausgaben der Europastimme	12
60 Jahre Bildungsarbeit für Europa (Marc Germeshausen)	13
Europa-Wikipedia	15
Zu guter Letzt	16

Beiträge zur Europastimme

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen diese entsprechend vorab aus. Das ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung der Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).

Blattlinie: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

Zitervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Edition.eu.com E-Mail-Redaktion: office@Europastimme.eu E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Web-Adresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu> Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00 Euro. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge usw. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlages, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsansprüche unwiderruflich ein.

ISSN: 0014-2727 (Print) und ISSN: 2791-402X (Online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)

P. b. b.



Von Kriegsgewinnlern und anderem Geschmeiß

(Anton Schäfer)

Gleich zu Beginn, das Folgende ist eine Polemik. Sie kann, und im besten Fall tut sie es, die Sichtweise des Lesers verändern. Der Autor stellt sich ganz bewusst gegen den aktuellen Mainstream in der Politik, der dem Krieg etwas Positives abgewinnen kann.

Haben Sie sich vor Augen geführt, wer in einem Krieg stirbt? Erfahrungsgemäß sind dies Menschen aus der breiten Masse. Die, welche schon im Zivilleben nicht sehr viel hatten und sich mehr recht als schlecht durchs Leben schlagen mussten. Männer, Frauen und Kinder, Alte wie Junge, Arbeiter, Angestellte, kleine Unternehmer etc.

Und wer sind die Kriegsgewinnler im Regelfall? Nun meist dieselben, die schon in der Vorkriegszeit sehr viel mehr hatten, als der Großteil der Masse. Man bezeichnet diese Leute auch als Oligarchen: Menschen, für die auch im zivilen Leben ohne Krieg oftmals besondere Regelungen gelten.

Und wer ist das andere Geschmeiß? Nun das sind die, die sich den Kriegsgewinnlern andienen und/oder selbst versuchen, in diese „Liga“ zu gelangen.

Und dann die gibt es noch „Helden“: Menschen, die für eine Tat in einem Krieg ausgezeichnet werden. Manchmal für recht fragwürdige Taten, wie Massenerschießungen von unbewaffneten Zivilisten. Aber von diesen soll hier nicht geschrieben werden.

Richtige Helden sind ja meist solche, die – ganz unabhängig von ihrer „Heldentat“ – tot sind. Im Endeffekt getötet für andere Menschen, die selbst bzw. deren Clanmitglieder im Hinterland an den Schalthebeln der Macht sitzen und in den seltensten Fällen einer persönlichen Gefahr ausgesetzt sind, eben die Kriegsgewinnler und das andere Geschmeiß. Die Leute, die mit dem Krieg beste Geschäfte machen.

Wenn man die toten Helden fragen könnte, würde wohl keiner sich selbst als Held sehen. Er handelte vielleicht, um andere Menschen zu verteidigen. Und wohl nicht für die fragwürdigen Kriegsgewinnler im Hinterland. Das hindert Letztere jedoch nicht, die Heldentaten zu „vermarkten“, um ihren Profit noch weiter zu steigern.

Darüber sollte jeder nachdenken, vor allem der, der von einem „gerechten“ Krieg redet, ohne selbst an der Front zu stehen.



Kriegsgräberstätte mit 3032 Steinkreuzen am Hauptfriedhof Dortmund. Bildquelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kriegsgräber_Dortmund_Hauptfriedhof.jpg
Fotograf: [Lucas Kaufmann](#)

Statt eines russisch-amerikanischen Diktatfriedens DIE EU SOLLTE ENDLICH SELBST FRIEDENSLÖSUNGEN ENTWICKELN!

(Werner Wintersteiner¹)

Panik und Fantasielosigkeit

Die EU hat den Schock, den die außenpolitische Wende der USA ausgelöst hat, noch nicht verdaut. Die hektisch einberufenen Sondergipfel, der wenig durchdachte Plan eines befristeten Waffenstillstands in der Ukraine und die großspurige Ankündigung einer 800 Milliarden Euro Aufrüstung sind eher Ausdruck von Panik und Fantasielosigkeit.

Kein Zweifel, Trump ist ein brutaler und egoistischer Machthaber. Aber er hat begriffen, dass wir inzwischen in einer multipolaren Welt leben, die die USA nicht mehr uneingeschränkt beherrschen können.

Er hat die Sinnlosigkeit des Krieges mit Russland erkannt und arbeitet sehr energisch daran, den Krieg zu beenden.

Er nimmt dabei kaum Rücksicht auf die Interessen der Ukraine. Allerdings könnte man auch sagen, er erkennt die augenblicklichen Machtverhältnisse in der Region an.

Trump verabschiedet sich von der illusorischen Idee des ukrainischen Siegfriedens („was immer es koste“) und argumentiert, dass damit weitere Zerstörung und weiterer Verlust an Menschenleben vermieden wird.

Trump ist dabei, einen keineswegs perfekten, ja, einen ungerechten Frieden durchzusetzen. Dies auch deshalb, damit er sich nun vorrangig der äußerst explosiven Situation im Nahost und der Konfrontation mit China widmen kann.

Die EU bäumt sich mit großer Geste dagegen auf. Aber welches politische Gewicht hat sie denn noch? Dass es nun wahrscheinlich zu einem „Frieden“ der russisch-amerikanischen Eintracht kommen wird, liegt nicht zuletzt auch daran, dass Europa drei Jahre nicht nur niemals über Friedenslösungen nachgedacht hat,

sondern auch alle Vorschläge, von wem auch immer, vom Tisch gewischt hat.

Somit kommen auch die vielen vernünftigen Überlegungen zu Friedensverhandlungen, die europäische und amerikanische Think Tanks gerade im letzten Jahr entwickelt haben, nicht mehr zum Zug. Und jetzt setzt Europa seinen Weg der Erfolglosigkeit offenbar fort, statt sich auf die neue Situation einzustellen.

Eine Achse Europa – Globaler Süden?

Weil die EU ein zu geringes Gewicht hat, und weil es jetzt nicht mehr darum geht, den Krieg fortzuführen, sondern einen halbwegs gerechten Frieden zu erreichen, sollten die Staatshäupter und -chefinnen der Union schleunigst den Kontakt mit all den Staaten (vor allem aus dem Globalen Süden) suchen, die in den letzten Jahren Friedensvorschläge auf den Tisch gelegt haben. Und das ist doch eine beachtliche Liste:

- Italiens Friedensplan,
- der Plan der Internationalen Arbeitsgruppe im Vatikan,
- der mexikanische Vorschlag für eine Diplomatie-Kommission,
- der Vorschlag der Afrikanischen Union bezüglich einer Mediationsmission (alle bereits 2022);
- die Friedensinitiative von Lula da Silva (Brasilien),
- Chinas 12-Punkte-Plan,
- die Afrikanische Friedensdelegation,
- Indonesiens Friedensplan (alle 2023);
- der 6-Punkte-Plan von China und Brasilien,
- Indiens Beteiligung an Friedensbemühungen (beide 2024).

¹ Univ.-Prof. (i. R.) Werner Wintersteiner ist Gründer und ehemaliger Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung an der Alpen-Adria Universität Klagenfurt. Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Wintersteiner

Wichtig ist vor allem, dass hier großteils Staaten dahinterstehen, die Russland nicht als Feinde betrachtet und weiterhin an guten Beziehungen mit diesen sehr interessiert ist.

Statt einen EU-Gipfel nach dem anderen abzuhalten, um sich gegenseitig in der eigenen Ratlosigkeit zu bestärken, sollten europäischen Leader auf die Stimmen derer hören, die sich von Anfang an für Friedenslösungen ausgesprochen haben. Vielleicht ist es möglich, auf diese Weise einen globalen Friedensgipfel, eine „Koalition der Willigen“ sozusagen, einzuberufen.

Die EU-Vertreter sollte dort nicht das große Wort führen.

Frieden und weltweit normalisierte Wirtschaftsbeziehungen sind vor allem im Interesse der Länder des Südens. Deswegen ist es vielleicht noch nicht zu spät, um Vorschläge zu unterbreiten, die zumindest die ärgsten Ungerechtigkeiten eines russisch-amerikanischen Deals abmildern.

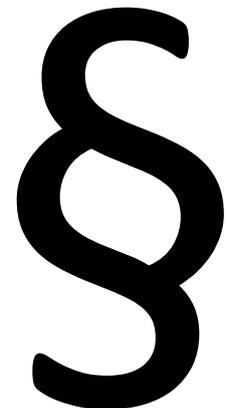
Eine europäische Verständigung mit dem Globalen Süden wäre auch längerfristig ein wichtiges Signal, dass die Welt nicht nur den drei Supermächten gehört.

Konvention zum Schutz der anwaltlichen Berufsausübung

(Anton Schäfer)

Das Ministerkomitee des Europarates hat am 12. März 2025 die Konvention zum Schutz der anwaltlichen Berufsausübung final angenommen („Council of Europe Convention for the Protection of the Profession of Lawyer“). Durch diese Konvention sollen anwaltliche Grundwerte erstmals in rechtsverbindlicher Form auf Ebene des Europarates abgesichert werden – insbesondere grundlegende Prinzipien wie die Vertraulichkeit der Mandatsbeziehung und der Schutz des anwaltlichen Berufsgeheimnisses. Denn leider zeigte sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder, dass selbst in stabilen Demokratien in Europa die Exekutive mit verschiedensten Mitteln versucht, gegen Anwälte vorzugehen und illegal Beweismittel zu erlangen oder grundsätzliche Beschuldigtenrechte auszuhebeln, Menschen unter Generalverdacht zu stellen und etwa die Vorratsdatenspeicherung¹ sowie den Zugang zu verschlüsselten Diensten (z. B. auch Chatkontrolle – CSAM-Verordnung) zu erzwingen. In diesem Zusammenhang ist die europäische Strategie für die innere Sicherheit der Europäischen Union mit erheblicher Vorsicht zu betrachten, weil wieder „das Kind mit dem Bade ausgeschüttet“ wird, indem Äpfel mit Birnen verglichen und am Ende die Freiheit der Bürger für vermeintliche Sicherheit geopfert werden soll.

Für das Inkrafttreten der Konvention zum Schutz der anwaltlichen Berufsausübung müssen mindestens acht Staaten, davon sechs Mitglieder des Europarates, diese annehmen. Ab dem 13. Mai 2025 liegt die Konvention in Luxemburg zur Unterzeichnung durch die Staaten bereit.



¹ Zur Vorratsdatenspeicherung siehe auch Europastimme 1/2021, S. 2.

Polens Verfassungsgerichtshof verletzt EU-Recht

(Anton Schäfer)

Die polnische „Rebellion“ gegen die Grundprinzipien der Europäischen Union, die bis zum polnischen Verfassungsgericht reicht und in einer Vertragsverletzungsklage (Rs. C-448/23) der EU-Kommission gipfelte, ist zumindest ein peinliches Eingeständnis rechtsgerichteter Politiker und Höchstrichter bezüglich deren Unfähigkeit, das gemeinsame europäische Friedensprojekt zu verstehen. Zum Zweiten bedeutet es den – in einigen Unionsmitgliedstaaten nicht selten vorgenommenen – Versuch, einen Spagat zwischen rechter, EU-feindlicher Politik und dem gleichzeitigen Kassieren von Millionen an EU-Förderungen zu erreichen.

Generalanwalt Dean Spielmann hat im aktuell anhängigen Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) den Verstoß gegen Grundprinzipien der EU in Polen als gegeben eingestuft. In seinen Schlussanträgen vom 11. März 2025 stellt er fest, dass der polnische Verfassungsgerichtshof – immerhin das Höchstgericht in der Republik Polen! – mit den Urteilen vom 14. Juli und 7. Oktober 2021 den Vorrang, die Autonomie und die Wirksamkeit des Unionsrechts (Artikel 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV, Artikel 4 Abs. 3 EUV, Art. 279 AEUV) missachtet habe.

Der polnische Verfassungsgerichtshof hatte die Urteile des EuGH (insbesondere C-487/19) zur Unabhängigkeit der Justiz für verfassungswidrig erklärt. Ein wohl beispielloser Vorgang, dass ein Höchstgericht die Unabhängigkeit der Justiz im eigenen Land selbst missachtet, nur um vor der rechtsgerichteten Politik niederzuknien und es dadurch zu ermöglichen, dass unionsrechtswidrige Bestimmungen in Polen von den Gerichten nicht aufgehoben werden.

Damit wurde von diesem „Höchstgericht“ die Anwendung des EU-Rechts in Polen durch Behörden und Gerichte faktisch untersagt.

Peinlich genug für die Verantwortlichen in der Republik Polen und noch peinlicher für Richter, die sich als an einer Hochschule ausgebildete Juristen bezeichnen.

Deshalb hat der Generalanwalt dem EuGH auch vorgeschlagen festzustellen, dass der polnische Verfassungsgerichtshof wegen schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten bei der Ernennung von drei Richtern des polnischen Verfassungsgerichts 2015 sowie der Präsidentin im Jahr 2016 nicht den EU-Anforderungen an ein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht genügt.

Unter der Regierung von Donald Tusk besteht nun wieder Hoffnung für die Rechtsstaatlichkeit in Polen, wenngleich die „Altlasten“ noch lange behindernd wirken werden.¹

Leider sind Verstöße gegen EU-Recht auch in anderen EWR-Mitgliedstaaten keine Seltenheit. Meist werden diese recht gut kaschiert, z. B. indem die „Acte-clair-Theorie“² von Höchstgerichten so ausgelegt wird, dass eine „unangenehme“ nationale Rechtsfrage dem EuGH nicht vorgelegt werden muss.

Ähnlich ist es auch bei systematischen Verstößen gegen Menschenrechte an den EU-Außengrenzen oder durch sogenannte „Partnerländer“, die ebenfalls immer wieder von NGOs aufgezeigt werden (z. B. systematische Pushbacks³ oder sogar das Versenken von Flüchtlingsschiffen) und dennoch nicht sanktioniert werden, weil es politisch nicht opportun ist.

Zu den systematischen Verstößen gegen Bürger-, Menschen-, Freiheits- und Grundrechte alleine in Ungarn gibt es bereits tausende Seiten an Anklagen, die immer noch weitgehend von der Politik in den Unionsmitgliedstaaten und vor allem den Staats- und Regierungschefs der EU ignoriert werden.⁴

¹ Siehe auch Europastimme 2/2024, S. 28.

² Der Acte-clair-Theorie zufolge muss eine Rechtsfrage im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens von Gerichten in den Unionsmitgliedstaaten dann nicht dem EuGH vorgelegt werden, wenn über die Auslegung oder Gültigkeit von Unionsrecht vernünftigerweise keine Zweifel besteht.

³ Etwa durch Griechenland, siehe Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in der Rs. 15783/21.

⁴ Orban weigert sich auch, den international wegen Kriegsverbrechen / Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesuchten Ministerpräsidenten von Israel, Benjamin Netanjahu, festzunehmen und an den internationalen Strafgerichtshof auszuliefern, als dieser auf Einladung von Orban am 2. April 2025 in Ungarn war.

Israel, wohin gehst Du?

(Anton Schäfer)

Vorab, bevor Sie weiterlesen, ist es wichtig, zu reflektieren, dass Israel nicht die israelische Regierung ist und Israel auch nicht mit dem Judentum gleichzusetzen ist. Denn rund 25 % der israelischen Bürger haben keinen jüdischen Glauben. Kaum jemand aus der Minderheit der 25 % Nicht-Juden findet sich in verantwortungsvoller Position im Staat Israel. Wenn also von offizieller oder halboffizieller Seite immer wieder diese Gleichsetzung Israel = Judentum erfolgt, so ist das unrichtig und sogar tendenziös. Es schließt auch erhebliche Teile der Bevölkerung aus. Besonders nachteilig für die israelischen Bürger ist es, dass es durch die immer wieder versuchte Gleichsetzung von Israel als monolithischer Block zu einer allgemeiner negativen Wahrnehmung der gesamten israelischen Bevölkerung kommt, obwohl nur ein kleiner Machtklüngel in Politik, Verwaltung und Armee verbrecherisch handelt. Diese systematischen Verbrechen durch Verantwortliche in Israel sind seit vielen Jahren dokumentiert.

1999 bereits berichtete Amnesty International, dass in Israel Foltermethoden, wie das Fesseln von Gefangenen in schmerzhaften Positionen, Schlafentzug und gewaltsames Schütteln immer noch erlaubt seien.¹

Seit dem Angriff der israelischen Armee auf Gaza sind in den israelischen Gefängnissen weitere Misshandlung und systematische Folter von Gefangenen wie „schwere, willkürliche Gewalt, sexuelle Übergriffe, Erniedrigung und Entwürdigung, Hungerrationen, erzwungene unhygienische Verhältnisse, Schlafentzug ... und

Vorenthaltung angemessener medizinischer Versorgung“ bekannt geworden.²

2009 berichtete der UNO-Ausschuss gegen Folter von Foltervorwürfen in der Anlage 1391, einem angeblich 2006 geschlossenen Geheimgefängnis, das offensichtlich weiter betrieben wurde.

Insgesamt soll es zwischen 2001 und 2006 rund 600 Beschwerden über Foltermethoden in Israel gegeben haben.³ Über 600 solcher Beschwerden in einem demokratischen Staat, der sich westlichen Werten verpflichtet fühlt!

Das Public Committee Against Torture in Israel (Öffentlichen Komitees gegen Folter in Israel) und die Ärzteorganisation Physicians for Human Rights haben im vom Oktober 2011 von Misshandlung und Folter an Verhafteten durch Sicherheitspersonal in Israel berichtet.

Einige Israelische Ärzte würden Berichte über Verletzungen, die bei Folter-Verhören verursacht wurden, vertuschen. Zahllose weitere Fälle sind bekannt,⁴ was für eine Demokratie, die einzige im Nahen Osten, nicht nur ein Verbrechen darstellt, sondern auch ein Armutszeugnis ist.

Darüber hinaus ist die Situation höchst problematisch im Hinblick auf die außenpolitische Reputation der israelischen Regierung, von deren Mitgliedern bereits zwei vom internationalen Strafgerichtshof zur Festnahme ausgeschrieben sind (Premier Netanjahu und Ex-Verteidigungsminister Gallant).⁵

¹ <http://www.amnesty.de/umleitung/1999/deu03/051?lang=de%26mimetype%3dtext%2fhtml>

² https://www.btselem.org/publications/202408_welcome_to_hell. Hagar Shezaf: 27 Gaza Detainees Have Died in Custody at Israeli Military Facilities Since the Start of the War, in: Haaretz, 7. März 2024; Amira Hass: Nameless, Shackled: Israeli Ethics Committee Examined Medical Treatment of Detainees From Gaza, in: Haaretz, 12. März 2024; Hagar Shezaf, Michael Hauser Tov: Doctor at Israeli Field Hospital for Detained Gazans: „We Are All Complicit in Breaking the Law“, in: Haaretz, 4. April 2024; Abusing Palestinian Detainees Is Not the Way for Israel to Fight Hamas, in: Haaretz, 5. April 2024; Yoel Donchin: We Fight to Save Our Gazan Patients, Even as They Lie Handcuffed and Blindfolded, in: Haaretz, 21. April 2024; Hagar

Shezaf, Bar Peleg, Ran Shimoni: Teiman Doctor Who Saw Abused Gazan Detainee: „I Couldn't Believe an Israeli Prison Guard Could Do Such a Thing“, in: Haaretz, 30. Juli 2024; Tal Steiner: We Warned About; The Torture There Has Backing from High Up, in: Haaretz, 30. Juli 2024.</ref>

³ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/geheimes-gefaengnis-uno-untersucht-foltervorwuerfe-gegen-israel-a-623053.html>

⁴ http://www.phr.org.il/uploaded/Doctoring%20the%20Evidence%20Abandoning%20the%20Victim_November2011.pdf

⁵ Siehe auch Europastimme 3/2024, S. 3; Europastimme 4/2024, S. 11; und <https://orf.at/stories/3389161/>

Im Juni 2024 berichtete die israelische Tageszeitung Haaretz, dass mindestens (!) 48 im Gazastreifen gefangen genommene Palästinenser in Israel zu Tode gefoltert worden waren.¹ In einem demokratischen Staat, der sich westlichen Werten verpflichtet fühlt!

Am 31. Juli 2024 berichteten die Vereinten Nationen, dass die israelischen Behörden weiterhin Foltermethoden wie Waterboarding, Schlafentzug und Elektroschocks einsetzen würden.²

Im August 2024 veröffentlichte die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem einen ausführlichen Bericht über die „systematische, institutionalisierte Politik der fortgesetzten Misshandlung und Folter aller palästinensischer Gefangener“ im „israelischen Netzwerk der Folter-Lager“.³

Zuletzt nun berichtet am 28. März 2025 das UNO-Nothilfebüro (OCHA), dass israelische Behörden in abscheulicher Missachtung des menschlichen Lebens und der Menschenwürde handeln würden.⁴

Für Israel besteht die konkrete Gefahr, dass es in eine rechtsreligiöse Autokratie oder gar in eine Diktatur abgleitet. Dies könnte die gesamte Sicherheitslage im Nahen Osten noch weiter gefährden und würde zur Abwanderung derjenigen (Bürger wie Investoren) führen, die es sich leisten können. Ein Szenario, das Israel auch außenpolitisch erheblich gefährden, jedenfalls schwächen könnte.

Bereits jetzt hat die aktuelle Regierung dafür gesorgt, dass auf Jahrzehnte bei Menschen mit muslimischem Glauben jeder Respekt verlorenging und sich Hass aufgebaut hat wegen der

verbrecherischen Vorgehensweise von Verantwortlichen.

Dass dies vielen Menschen auch in Israel seit Jahren zu weit geht, zeigen die zahlreichen Demonstrationen gegen die Regierung.⁵

Nicht zuletzt muss sich die Justiz immer wieder gegen Maßnahmen der Regierung aussprechen, was wiederum dazu führt, dass – demokratiepolitisch äußerst gefährlich – die Regierung versucht, die Befugnisse der Justiz zu beschneiden.

Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass in Israel ein Regierungschef gewählt wurde und sich mit Vehemenz an der Macht (fest-)hält, gegen den in Israel selbst Ermittlungen und Gerichtsverfahren in gleich mehreren Rechtsfällen anhängig sind. Es geht dabei vor allem um Bestechlichkeit und Korruption.⁶

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese israelische Regierung jegliche Reputation und jegliches Verständnis weltweit auf lange Zeit verspielt hat – zum Schaden aller in Israel lebender Menschen.

Der Nahostkonflikt ist ein typisches Beispiel dafür, dass mit militärischer Stärke und immer noch aufwendigerer Kriegsführung und martialischer Rhetorik kein Erfolg erzielt werden kann, sondern auf allen Seiten nur Verluste und Nachteile entstehen.

Umgekehrt ist Europa ein Beispiel dafür, wie es, nach jahrhunderterlanger Feindschaft zwischen den verschiedenen Gruppen und Völkern und Interessensphären, zu einem weitgehenden Frieden und Stabilität und wirtschaftlichem Wachstum kommen kann, wenn Menschen weitsichtig genug sind, sich miteinander zu vertragen, und zusammenleben wollen.

¹ <https://www.middleeastmonitor.com/20240610-48-palestinians-from-gaza-tortured-to-death-by-israel/>

² UN Report: Palestinian Detainees Faced Torture and Mistreatment by Israeli Authorities, in: Haaretz vom 31. Juli 2024.

³ Hagar Shezaf: Dozens of Testimonies from Palestinian Prisoners Describe Conditions in Israeli Jails During Gaza war, in: Haaretz vom 5. August 2024; Sapir Sluzker Amran: By Legitimizing Rape, Israeli Society Takes One Step Further Towards Moral Decay, in: Haaretz vom 5. August 2024; Hagai El-Ad: The Tip of the Iceberg: Israel Cannot Whitewash Horrific Abuse of Palestinians by Its Soldiers, in: Haaretz vom 6. August 2024;

<https://www.spiegel.de/ausland/israel-dutzende-opfer-schildern-systematische-folter-in-israelischen-gefaengnissen-a-cb4213fa-84db-4b92-a137-2f68b5f35eae>, 6. August 2024;

Corrupted by the Desire for Revenge, Israeli Prisons Have Become Abuse Centers, in: Haaretz vom 8. August 2024; Gideon Levy: Welcome to Hell: B'Tselem's Ignored Abuse Report Shows Israel's True Face, in: Haaretz vom 8. August 2024.

⁴ <https://orf.at/stories/3389030/>

⁵ <https://orf.at/stories/3388965/>

⁶ <https://orf.at/stories/3388302/>

30 Jahre Österreich in der EU (Wanderausstellung)

Die Europäische Union ist das größte Friedens- und Gemeinschaftsprojekt der Welt. Österreich ist nun 30 Jahre in der Europäischen Union und inzwischen ist eine junge Generation in dieses Projekt hineingeboren, die erwachsen geworden sind und teilweise eine Sichtweise hat, die ausschließlich aus dem Friedensprojekt heraus resultiert. Der Friede ist zur Normalität geworden und das ist auch gut so.

Unter <https://europainfo.at/> können Informationen zur **Wanderausstellung 30 Jahre Österreich in der EU – Wachsen in Europa** abgerufen werden. Die Wanderausstellung besteht aus elf bzw. 21 Roll-Ups und ist plakativ und übersichtlich aufbereitet.

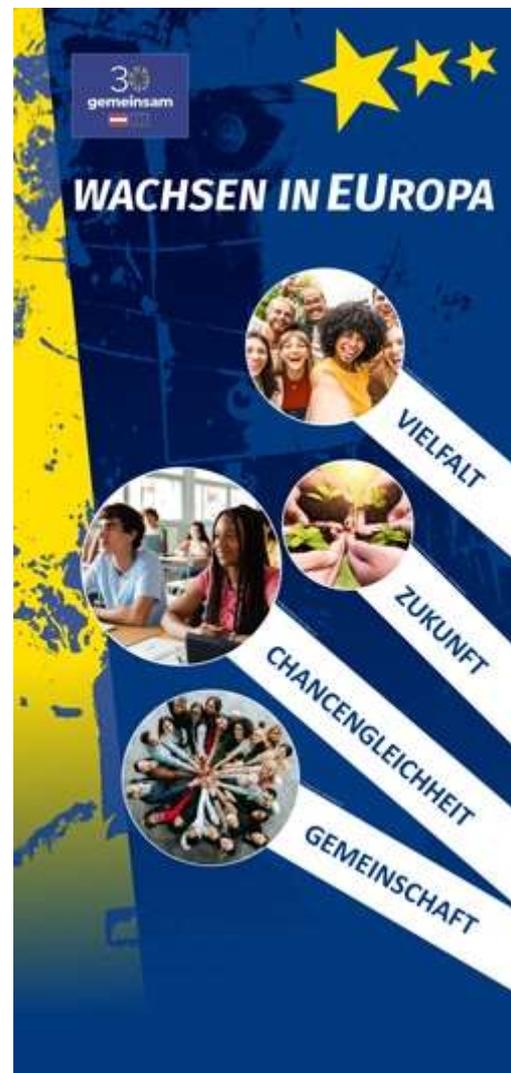
Ergänzt wird die Ausstellung durch passende Postkarten, Folder, Fragekärtchen und einen didaktischen Leitfaden.



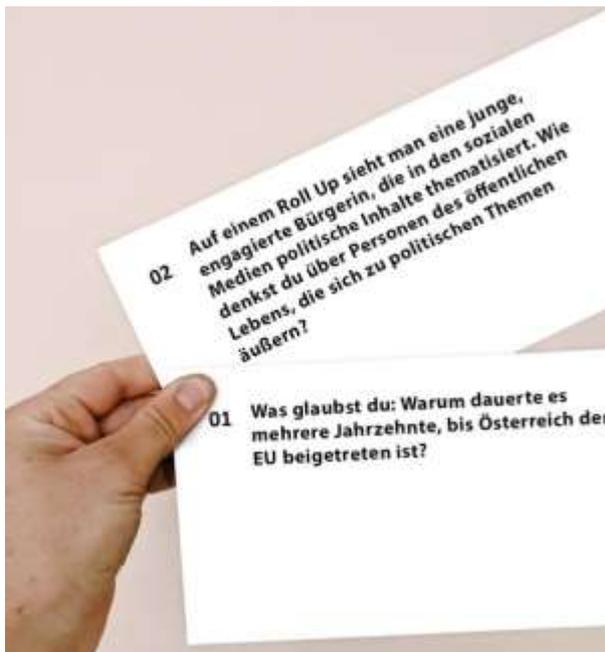
Folder



Postkarten



Rollups



Fragekärtchen



Ergänzend können zur Wanderausstellung vertiefende Informationen sowie persönliche Geschichten von EU-Bürgern im Internet über die QR-Codes auf den Roll-Ups und auch in der Broschüre per Scan aufgerufen werden.

Die Wanderausstellung ist kostenlos ausleihbar für alle Interessierten Einrichtungen und hat jeweils ein speziell auf die Bundesländer abgestimmtes Element.

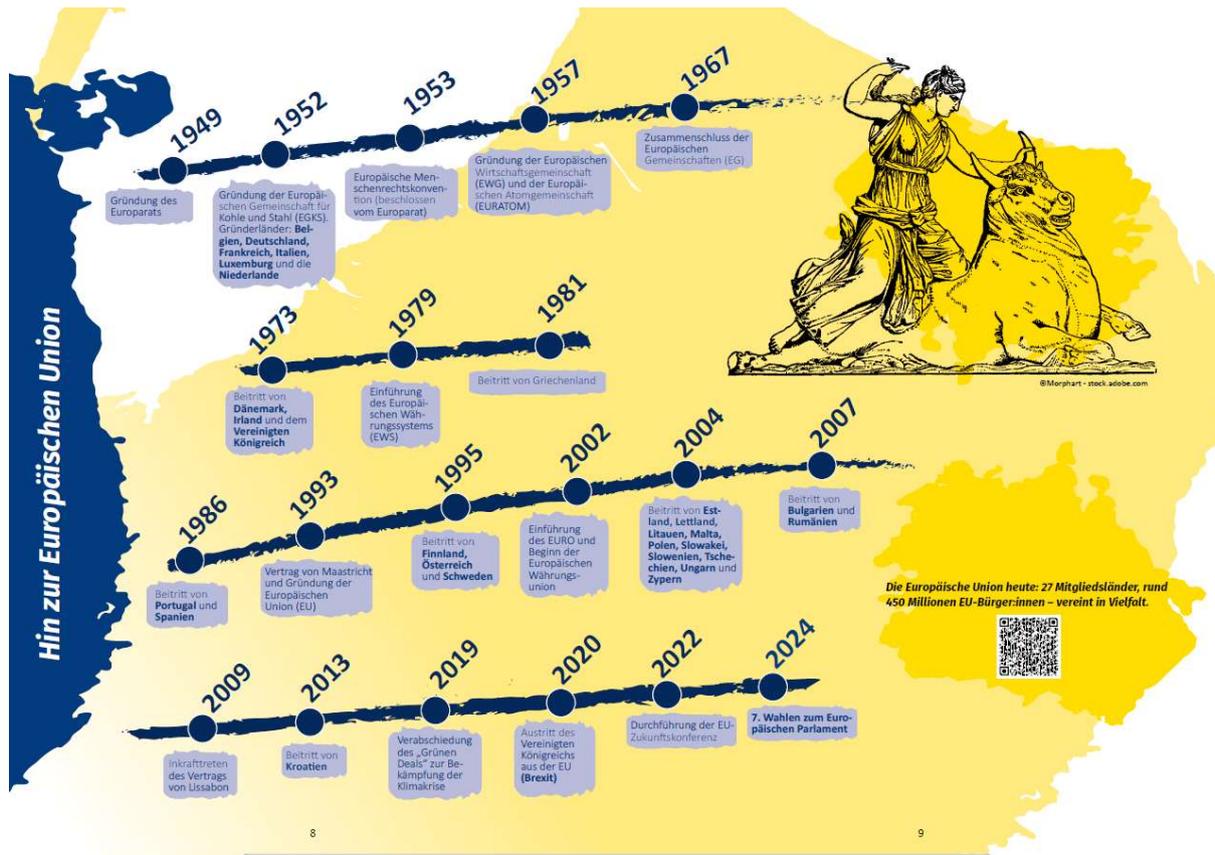
Partner der Wanderausstellung bzw. Unterstützer sind Europe Direct Österreich, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Stadt Wien, das unabhängige Institut für europäische Bildung & Integration *europify* und das Haus der Geschichte (Niederösterreich).

Die Vorstellung der Wanderausstellung fand am 28. April 2025 am Europagymnasium Klagenfurt statt. Es nahmen viele interessierte Personen daran teil wie auch Politiker (z. B. Landeshauptmann Peter Kaiser, der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Patrick Lobis, der Präsident des Europahauses Klagenfurt, Christof Zernatto, vom

Haus der Geschichte im Museum Niederösterreich Christian Rapp und der Direktorin des Europagymnasiums, Sabine Wintschnig).¹



¹ https://europa.ktn.gv.at/Aktuelles-Seiten/Wachsen_in_Europa



Zeittafel sowie Europa mit Zeus in einer ungewöhnlichen Darstellung einer dominierenden Europa

Meine EU-Geschichte

Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps

Nicole Nageler | Erasmus+ Praktika
Ein neues Land entdecken, in fremde Kulturen eintauchen und Sprachbarrieren überwinden – Erasmus eröffnet zahlreiche Möglichkeiten für junge Menschen. „Meine Erfahrungen mit diesem Projekt waren sehr reich und die Möglichkeiten, die mir zur Verfügung standen, sind vielfältig. Werde Erfahrungen gesammelt, die ein Mitglied sein zu können wertvoll sind.“
Nicole Nageler, Erasmus+ Praktikantin, HAW Spittal

Lara Gessner | Europäisches Solidaritätskorps
Die Organisation ERASMUS+ und das Europäische Solidaritätskorps ermöglichen mir, während meiner Freiwilligenzeit in einem anderen Land zu leben. „Ich habe so viele Erfahrungen gemacht, dass ich es mir kaum vorstellen kann. Aber ganz wichtig: Das Projekt hat mir gezeigt, wie ich mich für verschiedene Menschen auf dieser Welt einsetze.“
Lara Gessner, Freiwillige bei DE ARK GOLDA

Felix Rastinger | Erasmus+ Jugendbegegnung
Bei den Projekten vom Montebello bis zur Delegation in der Schweiz für Ökologische Netzwerke, Nachhaltigkeit, dem Umweltgesetz und dem Klimawandel und dem Engagement für einen besseren Planeten zu arbeiten. „Es war eine tolle Erfahrung, sich mit jungen Menschen aus Norwegen, Österreich, dem Niederlande und Zypern über Umwelt, Energie und unsere gemeinsame Verantwortung auszutauschen. In Eindhoven haben wir auch diskutiert, wie wir dazu beitragen.“
Felix Rastinger, Erasmus+ Jugendbegegnung

EU-Projekte in Österreich

NATURAL | Horizon Europe
Die Welt von morgen ist es, die Zukunft durch die intelligente Nutzung von Ressourcen und geschickter Nutzung von Ressourcen zu realisieren. „Wir sind stolz auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.“
Josef Farnberger, Regionalrat Burgenland

Daniela Lina | Interreg
Das Projekt DREAM Live fördert die Interaktion zwischen Menschen an Politik und lokalen Themen, die sich nicht nur auf den Raum der Region beschränken, sondern die grenzüberschreitende Nutzung in der Dobanitz-Region fördern. „Es zeigt, wie wichtig es ist, junge Menschen einbezogen zu werden und deren Themen zu adressieren. Der grenzüberschreitende Ansatz hilft dem Austausch und das gemeinsame Engagement, was sehr wichtig ist.“
Ulrich Strauß, Regionalmanagement Osttirol

DREAM | H2020/ERRE Interreg
Im Wasserschutz in Wien können zentrale Maßnahmen an Flüssen in Österrich durchgeföhrt werden. Dadurch lassen sich Probleme in Flüssen besser angehen und vermeiden. „Ich bin so stolz darauf, dass ich auf die Chance bin, die wir für die Zukunft haben. Ich bin stolz darauf, dass wir ein einzigartiges Projekt zu realisieren, das ein einzigartiges Projekt ist, das ein einzigartiges Projekt ist.“
Helmut Hübner, Universität für Bodenkultur Wien (BOKU)

Europa mitgestalten, mitmischen, mitmachen!

Du kannst dich auf viele Arten in der EU engagieren:

Wählen gehen: Nimm an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil und entscheide, wer dich dort vertritt.

Europäische Bürgerinitiative: Unterstütze oder starte eine Initiative, um die EU-Kommission zur Vorlage neuer Gesetze aufzufordern.

Feedback geben: Nutze Plattformen wie „Deine Meinung zählt“, um deine Ansichten zu geplanten Gesetzen und Initiativen zu teilen.

Freiwillig arbeiten: Engagiere dich in EU-Programmen wie dem Europäischen Solidaritätskorps.

Deine Stimme und dein Engagement zählen!

EU-Programme nutzen: Beteilige dich an Austauschprogrammen wie Erasmus+ oder anderen EU-geförderten Projekten.

Friedensunion EU

Splitter aus früheren Ausgaben der Europastimme zum Thema Frieden in Europa:

Seite 4 Europa-Stimme Nummer 1

Papst Paul VI. zur Einigung Europas

Am 10. November 1963 empfing Papst Paul VI. die Mitglieder des Internationalen Rates der Europäischen Bewegung. Der Papst hielt eine Ansprache, in welcher er sagte, er könne nur wünschen, daß der Prozeß, aus dem Europa einiger und von Sonderinteressen und lokalen Rivalitäten freier hervorgehen sollte, Fortschritte und konkrete, definitive Resultate bringe.

Diejenigen, die befürchten, daß die Einigung Europas die historischen und kulturellen Werte der verschiedenen Länder in den Hintergrund drängen werde, sollten sich, statt den Einigungsprozeß zu verzögern, für den Aufbau solcher rechtlicher Strukturen des neuen Europa einsetzen, die verhindern könnten, daß die Einheit durch Faktoren von äußerlicher und materieller Art auf Kosten der geistigen und inneren Werte oder durch die Gewalt der Notwendigkeit aufgezwungen werde. Späterhin zu widerstehen, würde schwer sein.

Die Kirche befürworte die Einigung Europas nicht nur, weil sie den Tatsachen des modernen Lebens Rechnung trage, sondern auch, weil sie ein Weg zum Frieden sei, sagte Papst Paul VI. Jeder kenne die tragischen Ereignisse unseres Jahrhunderts. Wenn es ein Mittel gebe, eine Wiederholung zu vermeiden, dann sei es die Konstituierung eines friedlichen, organischen und vereinigten Europas.

Haslauergrasse 15,

Univ. Prof. Dr. Binswanger vor dem Bund Europäischer Jugend in Vorarlberg

1. öffentliche Versammlung des BEJ Bregenz

Im aktiven, verantwortungsbewußten Mit-Gestalten teilhaben zu wollen am Um-Bau unserer in Wandel begriffenen Welt — dieser Appell an die Jugend bildete den Rahmen des Referates „Chancen und Gefahren der wirtschaftlichen Integration Europas“, das Univ. Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Ordinarius für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Handels-Hochschule St. Gallen, am Samstag, dem 7. Oktober 1967, im überfüllten Festsaal der Handelsakademie in Bregenz vor dem erst konstituierten Bund Europäischer Jugend hielt.

Der Einladung zum Vortrag — mit dieser Veranstaltung trat der BEJ in Vorarlberg zum ersten Mal in die Öffentlichkeit — waren erfreulicherweise eine überaus große Zahl von Vorarlberger Mittelschülern gefolgt, so daß die im Grundsätzlichen gehaltenen Erörterungen des namhaften Referenten nicht nur ein aufmerksam und sachkundig mitgehendes, sondern auch ein zahlenmäßig starkes, ja fast korporativ-amütendes Forum jugendlicher Intellektualität vorfanden.

Prof. Dr. Binswanger zeigte, daß die fundamentale Entwicklung und Wandlung im Bereich des Ideellen zum Verständnis der heutigen Situation von überragender Bedeutung sei. Man müsse die umgekehrte Wegstrecke einschätzen lernen, die der Weg zurückgelegt habe von der merkantilistischen Einstellung „Der Gewinn des einen ist der Schaden des anderen!“ über das Aufkommen der „Klassischen Nationalökonomie“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit David Hume's epochenwandelndem Grundsatz „Ich bete für den Wohlstand aller, auch für den unserer Konkurrenten!“ bis herauf zum Ende des Zweiten Weltkrieges, dem genuin-erkennbaren Beginn unserer heutigen Integrationsbestrebungen; jenen Zeitpunkt, da der Mensch, durch furchtbare Erfahrungen belehrt, darangegangen sei, anstelle der Macht-Beziehung die Rechts-Beziehung zu setzen und die wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen des Konkurrenzstrebens zu ersetzen durch die allgemein-sanierenden Prinzipien der Integrierung, der Rationalisierung und der Arbeitsteilung. Am Beispiel der EWG, dem Kristallisationspunkt der wirtschaftlichen Integration, demonstrierte der Referent Chancen und Gefahren der heutigen Entwicklung; Hervorragende Bedeutung müsse hier der Industrie zugewandt werden, jenen Sektor innerhalb der EWG, der nur so lange und in dem Maße expansionsfähig bleiben werde, wie die derzeitige Konjunktur erhalten werden könne. Schwieriger sei die Lage auf dem Agrar-Sektor, wo der Sinn der Integration hauptsächlich darin bestehe,

einerseits dem Preis-Niveau dem der weiter-entwickelten Industrie anzugleichen, andererseits aber auch die europäische Landwirtschaft mit dem übrigen Weltmarkt zu nivellieren.

Gefahren erwachsen der wirtschaftlichen Integration Europas hauptsächlich dadurch, wenn auch im „Ideal“ des Vereinten Europa nackte nationale Interessen das Feld beherrschen und wenn diese wiederum zur tieferen Ursache eines egozentrischen politischen Engagements werden sollten. Durch das Beitritts-Gesuch Englands zur EWG und die eigenwillige Stellungnahme Frankreichs dazu erhält dieser Punkt ja nicht nur neue Aktualität, sondern geradezu schicksalhafte Akzente.

In einem allfälligen administrativen Protektionismus, in der Bevorzugung einzelner Wirtschaftszweige und in dem bis zum heutigen Tage noch unklaren Verteilungs-Schlüssel finanziell-steuerlicher Mittel erblickte der Vortragende weitere — allerdings eher sekundäre — Gefahren, die aber durch gedeihliche übernationale Zusammenarbeit und entsprechend ausgearbeitete Programme gebannt werden könnten. Im herzlichen Applaus der jugendlichen Zuhörerschaft kam der Dank für die ausgereichteten Ausführungen des Referenten zum Ausdruck.

Walter Albert Schelling



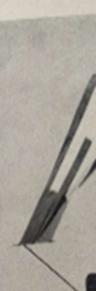
Aus der Bregenzer Versammlung. Links: Prof. Dr. Binswanger.

Organ der Europäischen Föderalistischen Bewegung (EFB) und des Bundes Europäischer Jugend (BEJ) Österreich, Graz, Glacisstraße 5a, Telefon 32-4-82

Nr. 6 6. Jahrgang November/Dezember 1965

Europa-Aktion 1965

„Handelt heute für das Europa von morgen“



Vereinsnachrichten



60 Jahre Bildungsarbeit für Europa
Europäische Werte als Fundament unserer Zukunft

(Marc Germeshausen)

2025 markiert ein besonderes Jubiläum: Der Verein Europahaus Klagenfurt feiert sein 60-jähriges Bestehen.¹

Seit 1965 engagiert sich dieser überparteiliche, gemeinnützige Verein mit großer Leidenschaft für europäische Bildungs-, Informations- und Kulturarbeit.

Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger auf ihrem Weg durch das vereinte Europa zu begleiten und ihnen ein tiefgehendes Verständnis für die Europäische Union zu vermitteln.

In diesen sechs Jahrzehnten hat das Europahaus Klagenfurt maßgeblich dazu beigetragen, den europäischen Gedanken zu stärken und die Bedeutung der europäischen Werte ins Bewusstsein zu rufen.

Europäische Werte als Kompass für eine gemeinsame Zukunft

In einer Zeit, in der die Grundwerte der EU immer wieder auf die Probe gestellt werden, ist es wichtiger denn je, diese aktiv zu leben und weiterzugeben.

Der Verein Europahaus Klagenfurt versteht sich als Brücke zwischen den Menschen und den europäischen Institutionen.

Er setzt sich dafür ein, sachliche und fundierte Informationen über die EU bereitzustellen und einen offenen Dialog zu fördern. Die Förderung von Demokratie, Solidarität, Rechtsstaatlich-

keit und Menschenrechten bildet dabei das Herzstück der Bildungsarbeit.

Durch Diskussionen, Vorträge und interaktive Formate wird das Ziel verfolgt, Vorurteile abzubauen, kritische Fragen zu beantworten und das europäische Bewusstsein nachhaltig zu stärken.

Gerade in Zeiten wachsender Skepsis gegenüber der EU ist es essenziell, ein umfassendes Bild von ihren Errungenschaften und ihrer Bedeutung für unseren Alltag zu vermitteln.



Freuen sich auf diesjährige Jubiläumsjahr: v. l. Europahaus Präsident Dr. Christof Zernatto mit Direktor Marc Germeshausen
(Bildquelle: Europahaus Klagenfurt/Hude)

Bildung und Aufklärung als Schlüssel zu einem starken Europa

Die Arbeit des Europahauses Klagenfurt reicht weit über klassische Bildungsangebote hinaus. Mit einem breitgefächerten Programm, das sich an Vertreter:innen aller Berufs- und Altersgruppen richtet, wird ein inklusiver Ansatz verfolgt.

Das Europahaus Klagenfurt ist Teil des Konsortiums der Initiative ProEuropeanValuesAT, die mit Kapazitätenaufbau und Finanzierung Vereine und zivilgesellschaftliche Organisationen in ländlichen Gemeinden unterstützen möchte. Das Angebot des Kapazitätenaufbaus ist kostenlos und für jede zivilgesellschaftliche Organisation zugänglich.

¹ Weitere Informationen finden sich unter: www.europahaus-klagenfurt.at, das Europahaus Klagenfurt erreichen Sie per E-

Mail unter info@europahaus-klagenfurt.at oder unter der Telefonnummer 0463/ 511 741.

Mehr Informationen dazu finden Sie auf der Website des Europahauses Klagenfurt und der Website der Initiative selbst: www.proeuropeanvalues.at

30 Jahre EU-Mitgliedschaft: Eine Reise durch die Geschichte und Zukunft Europas

2025 ist nicht nur das Jahr des 60-jährigen Bestehens des Europahauses Klagenfurt, sondern auch das 30-jährige Jubiläum der EU-Mitgliedschaft Österreichs. Ein Anlass, um auf die Errungenschaften dieser drei Jahrzehnte zurückzublicken, aber auch, um den Blick nach vorn zu richten.

Zu diesem feierlichen Anlass wurde eine neue Wanderausstellung entwickelt, die in Schulen, Gemeinden und Jugendzentren gezeigt wird. Sie beleuchtet nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Vorteile der EU-Mitgliedschaft, sondern auch die tief verwurzelten europäischen Werte, die unser tägliches Zusammenleben prägen.

Die neue Wanderausstellung erzählt die Beitrittsgeschichte Österreichs in die EU, beleuchtet die Vorteile der Mitgliedschaft, verweist auf die Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung

und holt österreichische EU-Projekte vor den Vorhang. Die Wanderausstellung wird in einem Rhythmus von drei Wochen an Schulen, Vereinen und Gemeinden vergeben. Dazu wird auch das passende Begleitmaterial zur Verfügung gestellt. Wenn auch Ihre Gemeinde Interesse an der kostenlosen Ausstellung hat, buchen Sie diese unter Info@europahaus-klagenfurt.at.

Das Europahaus Klagenfurt bleibt auch in Zukunft ein verlässlicher Partner für alle, die sich für Europa interessieren und seine Werte aktiv weitertragen möchten. Ein starkes Europa beginnt mit jedem einzelnen von uns.

Auch Ihre Gemeinde kann Mitglied im Europahaus Klagenfurt werden

Es besteht die Möglichkeit, als Privatperson sowie als Gemeinde, Stadt, Verein oder Organisation dem Verein Europahaus Klagenfurt als Mitglied beizutreten. Durch die Mitgliedschaft erhalten Sie EU-Informationen aus erster Hand, können bei allen Aktivitäten teilnehmen und Sie unterstützen die Stärkung der österreichischen Zivilgesellschaft, indem Sie europäische Werte leben und weitertragen!



„Wachsen in Europa“ lautet der Titel der Wanderausstellung zu 30 Jahren Österreich in der EU (Bildquelle: EUROPE DIRECT Kärnten).



In diesem Europa-Wikipedia sollen in wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

Radio Free Europe/Radio Liberty

Radio Free Europe (RFE) wurde vom Nationalkomitee für ein freies Europa gegründet¹ und nahm den Sendebetrieb 1950 – unter Aufsicht des CIA (bis in die 1970er Jahre) – von München aus auf.

RFE sendete in mittel- und osteuropäischen Ländern. Das Amerikanische Komitee für die Befreiung der Völker Russlands gründete nach dem Vorbild von RFE 1953 die Schwesterstation Radio Liberation (RL) mit Sendungen aus Lampertheim in russischer Sprache. 1964 benannte sich Radio Liberation in Radio Liberty um und 1976 fusionierten beide Sender. Die Mitarbeiter von RFE/RL kamen aus mehr als 40 Nationen.

Die Sendungen waren von Beginn an politisch gefärbt und sollten die Bevölkerung in den Zielstaaten beeinflussen.

Während des Kalten Krieges wurde der Empfang auch dieser Sender von Störsendern (Jamming) beeinträchtigt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 wurde das Budget der beiden Sender reduziert. Ab 1991 und bis 2002 durften die Radiosender direkt in Russland ausstrahlen. 2002 verbot dies Putin wieder.

Seit 1995 ist die Hauptgeschäftsstelle in Prag. Bislang sendete RFE/RL in 26 Sprachen für Radiohörer in 22 Ländern. Sendeeinrichtungen stehen – neben Deutschland und Tschechien – in Afghanistan, Armenien, Bulgarien, Großbritannien, Kuwait, Litauen, Sri Lanka, Ungarn, Marokko, Tadschikistan, Thailand und den Philippinen. Sie strahlen zum Teil auch Sendungen von Voice of America und Radio Free Asia aus. Aus politischen Gründen ist aktuell ein Empfang in Belarus, im Iran, in Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan nicht möglich. Im

Februar 2024 wurde RFE von Russland als „unerwünschte Organisation“ eingestuft.²

Im März 2025 kündigte die US-Regierung unter Donald Trump an, die Finanzierung der Sendeanstalt durch die United States Agency for Global Media (USAGM) stark einzuschränken, wodurch auch Radio Free Europe/Radio Liberty vor ihrer Einstellung standen. Dies führte in Europa, insbesondere in Tschechien, zu Irritationen. Der tschechische Außenminister Jan Lipavský wollte deshalb mit seinen EU-Amtskollegen über eine Weiterfinanzierung der Radiostation Gespräche führen. Denn es sei im Interesse Europas, dass deren Hörfunkprogramme weiter ausgestrahlt würden. Auch die EU-Abgeordnete Danuše Nerudová wollte die Einstellung bzw. Weiterführung in einer Sitzung des EU-Parlaments zur Sprache zu bringen.³

Der RFE/RL klagte gegen die USAGM bei einem US-Bundesgericht, dass das Vorenthalten der Gelder durch die Regierung Trump rechtswidrig sei. Nachdem diese Gelder vom US-Kongress bewilligt worden seien, liege ein Verstoß gegen die US-Verfassung vor.

Ende März 2025 gab die USAGM bekannt, dass es vorerst keine Kürzungen bei RFE/RL geben werde.⁴ Die russischsprachige TV-Sendung „Current Time“ in Russland, der Ukraine, Zentralasien, Osteuropa und anderen Regionen wurden im April 2025 durch die USA dennoch eingestellt.⁵



(Bildquelle: Radio Free Europe / Radio Liberty)

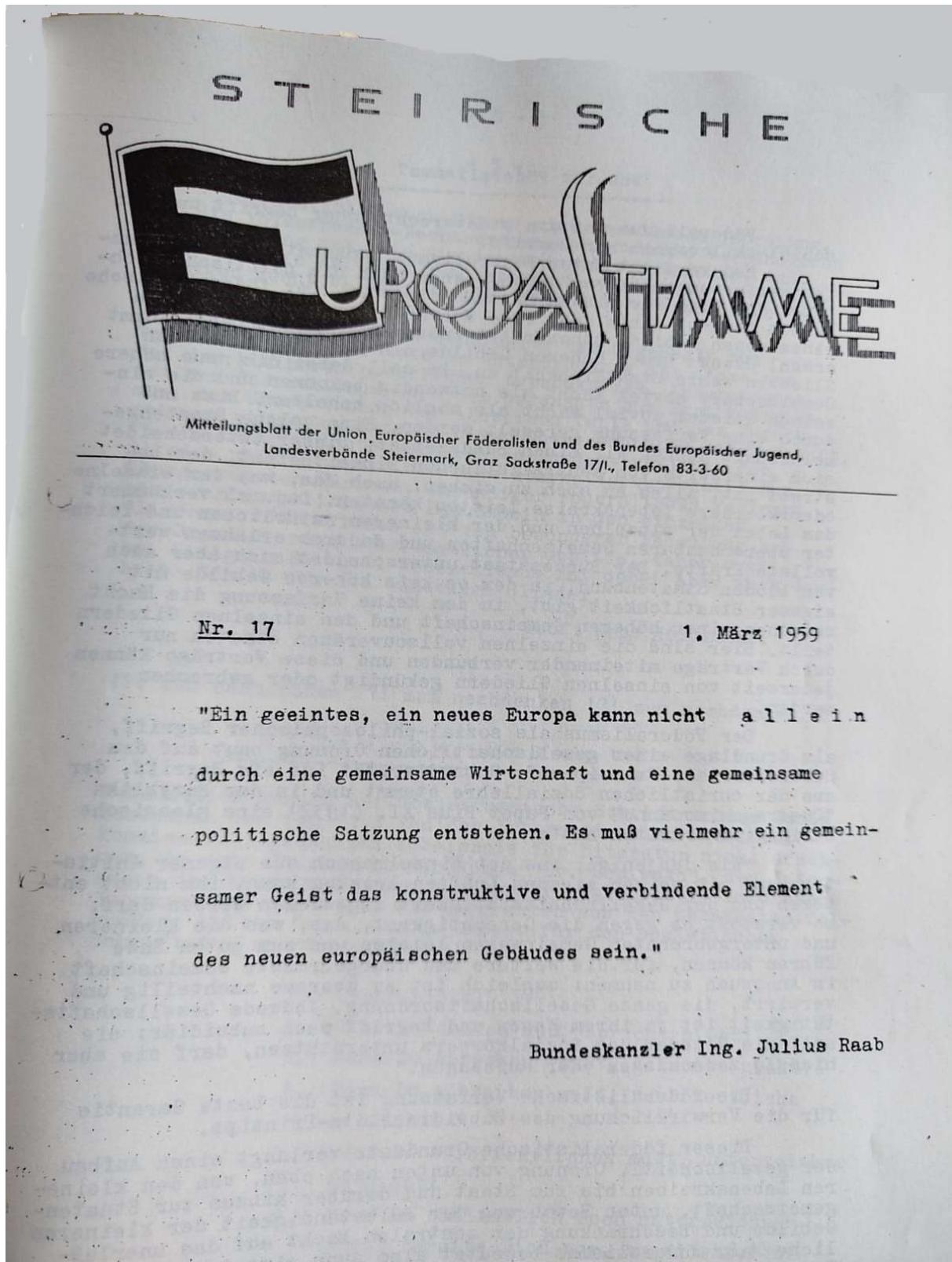
¹ Detailliert siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Radio_Free_Europe/_Radio_Liberty

² Siehe auch Europastimme 3/2024, S. 10 ff.

³ <https://deutsch.radio.cz/tschechischer-aussenminister-will-mit-eu-kollegen-ueber-weiterfuehrung-von-radio-8845705> und <https://orf.at/stories/3388121/>

⁴ <https://orf.at/stories/3388963/>

⁵ <https://orf.at/stories/3389640/>



Nr. 17

1. März 1959

"Ein geeintes, ein neues Europa kann nicht allein durch eine gemeinsame Wirtschaft und eine gemeinsame politische Satzung entstehen. Es muß vielmehr ein gemeinsamer Geist das konstruktive und verbindende Element des neuen europäischen Gebäudes sein."

Bundeskanzler Ing. Julius Raab